**Gemeinsame Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen und des Landkreises Meißen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Genehmigungsverfahren zur wesentlichen Änderung des Stahlwerkes
der ERVIN Germany GmbH am Standort Glaubitz sowie der Beantragung von wasser-
rechtlichen Erlaubnissen
- Auslegung des Antrags und der Unterlagen -
Gz.: 44-8431/2230**

Vom 4. August 2021

Die ERVIN Germany GmbH, Industriestraße A 15 in 01612 Glaubitz, beantragte mit Datum vom 23. April 2021, zuletzt aktualisiert am 30. Juli 2021, die Genehmigung nach § 16 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 und den Nummer 3.2.2.1 und 8.12.3.2 des Anhangs 1 in Verbindung mit Anhang 2 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 69) geändert worden ist, die wesentliche Änderung des Stahlwerkes durch die Erweiterung der Anlage zum Herstellen von metallischen Partikeln und Strahlmitteln von 60.000 t/a auf eine Kapazität von 120.000 t/a Fertigerzeugnissen am Standort Industriestraße A 15 in 01612 Glaubitz (Flst.-Nr. 506/55, 545/9, 547/1, 572/3, 572/10, 575/6, 575/33 der Gemarkung Glaubitz).

Die Änderung umfasst neben der Kapazitätserhöhung insbesondere die Errichtung und den Betrieb der Erweiterungen der Betriebseinheiten 10 (Rohstoffhalle), 20 (Schmelzanlage), 50 (Wärmebehandlung), 60 (Grit), 90 (Verwaltungsgebäude), 110 (Energienetz, elektrisch), 120 (Wassernetz) sowie 130 (Erdgasnetz) sowie die dafür notwendige Infrastruktur.

Es wird hiermit die 1. Teilgenehmigung gemäß § 8 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb von Teilen der Anlage und gemäß § 8a BImSchG der vorzeitige Beginn für die Errichtung baulicher Anlagen der Rohstoffhalle beantragt. Die 1. Teilgenehmigung bezieht sich im Wesentlichen auf die Kapazitätserhöhung auf 120.000 t/a Fertigerzeugnisse, die Errichtung einer Dieseltankstelle innerhalb des Gebäudes, Gebäudeerweiterungen der Rohstoffhalle, der Feuerfesthalle sowie des Verwaltungsgebäudes, die Errichtung eines Leerpallettenlagers, die Errichtung eines überdachten Außenlagers, Schaffung einer Freilagerfläche für Instandhaltungsmaterialien, die Errichtung eines zusätzlichen 110 kV-Transformators, die Erweiterung der Mittelspannungsstation, die Nutzungsänderung einer Freilagerfläche für Elektroden, die Erweiterung einer Demonstrationsstrahlanlage, die Vergrößerung der Entstaubungsanlage, die Errichtung einer zweiten Werkszufahrt sowie im Zusammenhang mit der Kapazitätserhöhung stehende Ausrüstungen wie insbesondere ein zusätzlicher Schmelzkran, ein Kran für Feuerfestarbeiten, zusätzliche Druckluftanlagen und Erweiterung der Natriumnitritanlage und Errichtung eines Natriumnitritvorratslagers sowie Versetzung des Stickstofflagers.

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der geänderten Anlage soll im IV. Quartal 2021 erfolgen.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 und 8 BImSchG und wird hiermit gemäß § 10 Absätze 3, 4 und 6 BImSchG i. V. m. §§ 8 bis 10a und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, öffentlich bekannt gemacht.

Das Vorhaben ist nach Ziffer 3.3.1 und Ziffer 8.7.1.2 des Anhangs 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (UVPG; BGBl. I S. 540) einzustufen. Gemäß § 9 UVPG wäre zu prüfen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Die Antragstellerin hat aber auf der Grundlage von § 9 Abs. 4 und § 7 Abs. 3 UVPG freiwillig die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt.

Für das Vorhaben werden darüber hinaus wasserrechtliche Erlaubnisse gem. § 8 bis § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zur Benutzung eines Gewässers bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Meißen beantragt.

Gegenstand dieser Verfahren sind:

- die Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Versickerung von unverschmutztem Niederschlagswasser in das Grundwasser (Einleiten von Stoffen ins Grundwasser)
- die Erhöhung der Menge an zu entnehmendem Grundwasser (Brunnenwasserbenutzung)

Im Einzelnen:

I. Immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsantrag

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

27. August 2021 bis einschließlich 27. September 2021

für jedermann zur Einsichtnahme:

1. in der Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0351-8250
Zimmer 4090 montags bis donnerstags von 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr und freitags von 7.30 Uhr bis 13.00 Uhr.
2. in der Gemeindeverwaltung Zeithain, Hauptstraße 36a in 01619 Zeithain im Bürgeramt/ Zimmer 5 in der Zeit während der Dienststunden, Tel.: 03525/766210

Montag	08.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 15.00 Uhr
Dienstag	08.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 15.00 Uhr
Donnerstag	08.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 16.00 Uhr und
Freitag	08.00 – 11.00 Uhr
3. in der Gemeindeverwaltung Nünchritz, Rathaus Foyer, Glaubitzer Straße 10, in 01612 Nünchritz, Tel.: 035265-5000
Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9.00 Uhr bis 11.30 Uhr,
sowie von 12.30 Uhr bis 15.00 Uhr
Dienstag von 09.00 Uhr bis 11.30 Uhr sowie von 12.30 Uhr bis 18.00 Uhr
und Freitag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr

aus.

Bitte beachten Sie aufgrund der aktuellen Situation (Corona-Virus) die veränderten Regelungen im Besucherverkehr der Landesdirektion Sachsen sowie der Gemeindeverwaltungen Zeithain und Nünchritz. Es wird deshalb empfohlen, für die Einsichtnahme einen Termin unter den oben genannten Telefonnummern zu vereinbaren.

Die veröffentlichten und ausgelegten Unterlagen enthalten insbesondere die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter gemäß BImSchG und UVPG. Darunter sind folgenden Gutachten:

- Lufthygienisches Fachgutachten
- Schalltechnische Untersuchungen (enthält auch Erschütterungseinwirkungen)
- UVP-Bericht
- Verträglichkeitsuntersuchung eutrophierender und versauernder Schadstoffeinträge in empfindliche Ökosysteme im Wirkraum der erweiterten Anlage der ERVIN Germany GmbH, Werk Glaubitz
- Hydrogeologisches Gutachten zur Beantragung der Erhöhung der Fördermenge
- Grundwasserentnahme für Prozesswasser durch ERVIN Germany GmbH in Glaubitz (Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie)

Der Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht) ist während der Auslegungszeit **vom 27. August 2021 bis einschließlich 27. September 2021** über das länderübergreifende zentrale UVP-Internetportal unter <https://www.uvp-verbund.de> jederzeit und für jedermann einsehbar.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können

zwischen dem 27. August 2021 bis einschließlich 27. Oktober 2021

schriftlich bei der Landesdirektion Sachsen, in der Gemeindeverwaltung Zeithain und in der Gemeindeverwaltung Nünchritz unter den vorgenannten Adressen oder elektronisch unter post@lds.sachsen.de, post@zeithain.de, post@nuenchritz.de vorgebracht werden. Es gilt jeweils das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Die Einwendungen sind der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, bekannt zu geben. Auf Verlangen der Einwendenden sollen deren Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen als Genehmigungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins. Findet aufgrund dieser Entscheidung kein Erörterungstermin statt, so wird dies nochmals gesondert öffentlich bekannt gemacht.

Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der öffentliche Erörterungstermin hiermit für den

23. November 2021

ab 10.00 Uhr (Einlass ab 9.45 Uhr) im Restaurant Drei Lilien, Am Dorfteich 13, 01612 Glaubitz bestimmt.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Dieser Termin dient dazu, die rechtzeitig gegen das Vorhaben der Ervin Germany GmbH erhobenen Einwendungen zu erörtern, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann. Dazu wird denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, Gelegenheit gegeben, ihre Einwendungen gegenüber der Genehmigungsbehörde und dem Antragsteller zu erläutern. Kann die Erörterung an diesem Tag nicht abgeschlossen werden, wird der Erörterungstermin an den folgenden Werktagen (ausgenommen ist der Sonnabend) fortgesetzt.

Zu diesem Termin sind die Personen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, eingeladen. Der Erörterungstermin ist öffentlich. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Vertretern der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Zum Erörterungstermin erfolgt keine gesonderte Einladung. Der Erörterungstermin wird beendet, wenn dessen Zweck erreicht ist.

Im Falle einer Absage oder Verlegung des Erörterungstermins aufgrund einer behördlichen Entscheidung oder auch im Hinblick auf eine mögliche Online-Konsultation nach § 5 Absatz 2 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

II. Wasserrechtliche Erlaubnisanträge

Für das Vorhaben werden darüber hinaus wasserrechtliche Erlaubnisse gem. § 8 bis § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zur Benutzung eines Gewässers bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Meißen beantragt.

Gegenstand dieser Verfahren sind:

- die Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Versickerung von unverschmutztem Niederschlagswasser in das Grundwasser (Einleiten von Stoffen ins Grundwasser)
- die Erhöhung der Menge an zu entnehmendem Grundwasser (Brunnenwasserbenutzung)

Die wasserrechtlichen Erlaubnisanträge sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die dem Landkreis Meißen im Zeitpunkt des Beginns der Offenlage vorliegen, liegen nach Maßgabe des § 31 UVPG für die Dauer eines Monats vom

13. September 2021 bis einschließlich 13. Oktober 2021

für jedermann zur Einsichtnahme:

1. in der Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0351-8250
Zimmer 4090 montags bis donnerstags von 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr und
freitags von 7.30 Uhr bis 13.00 Uhr
2. beim Landkreis Meißen, Remonteplatz 8, 01558 Großenhain, Untere Wasserbehörde, Zimmer 2.26, Tel.: 03522-303 2368,
während der Sprechzeiten

Montag	07.30 – 12.00 Uhr		
Dienstag	07.30 – 12.00 Uhr	und	14.00 – 18.00 Uhr
Mittwoch	Schließtag		
Donnerstag	07.30 – 12.00 Uhr	und	14.00 – 17.00 Uhr
Freitag	07.30 – 12.00 Uhr		
3. in der Gemeindeverwaltung Zeithain, Hauptstraße 36a in 01619 Zeithain im Bürgeramt/
Zimmer 5 in der Zeit während der Dienststunden, Tel.: 03525-766210

Montag	08.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 15.00 Uhr		
Dienstag	08.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 18.00 Uhr		
Mittwoch	08.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 15.00 Uhr		
Donnerstag	08.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 16.00 Uhr und		
Freitag	08.00 – 11.00 Uhr		
4. in der Gemeindeverwaltung Nünchritz, Rathaus Foyer, Glaubitzer Straße 10, in 01612 Nünchritz, Tel.: 035265-5000

Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9.00 Uhr bis 11.30 Uhr,	
sowie von 12.30 Uhr bis 15.00 Uhr	
Dienstag von 09.00 Uhr bis 11.30 Uhr sowie von 12.30 Uhr bis 18.00 Uhr	
und Freitag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr	

aus.

Bitte beachten Sie aufgrund der aktuellen Situation (Corona-Virus) die veränderten Regelungen im Besucherverkehr der Landesdirektion Sachsen, des Landkreises Meißen sowie der Gemeindeverwaltungen Zeithain und Nünchritz. Es wird deshalb empfohlen, für die Einsichtnahme einen Termin unter den oben genannten Telefonnummern zu vereinbaren.

Die veröffentlichten und ausgelegten Unterlagen enthalten insbesondere die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Wasser. Die Unterlagen umfassen für die beiden wasserrechtlichen Erlaubnisse insbesondere:

- UVP-Bericht
- Hydrogeologisches Gutachten betreffend die Erhöhung der Fördermenge an Grundwasser
- Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie betreffend die Erhöhung der Fördermenge an Grundwasser
- Bemessungen und Nachweise betreffend die erhöhten Mengen zu versickernden Niederschlagswassers

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die dem Landkreis Meißen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können

zwischen dem 13. September bis einschließlich 15. November 2021

schriftlich bei der Landesdirektion Sachsen, beim Landkreis Meißen, in der Gemeindeverwaltung Zeithain und in der Gemeindeverwaltung Nünchritz unter den vorgenannten Adressen oder elektronisch unter post@lds.sachsen.de, post@kreis-meissen.de-mail.de, post@zeit-hain.de und post@nuenchritz.de vorgebracht werden. Es gilt jeweils das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für das Verfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Die Einwendungen sind der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, bekannt zu geben. Auf Verlangen der Einwendenden sollen deren Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist wird nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins entschieden. Findet aufgrund dieser Entscheidung kein Erörterungstermin statt, so wird dies nochmals gesondert öffentlich bekannt gemacht.

Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der öffentliche Erörterungstermin hiermit für den

30. November 2021

ab 10.00 Uhr (Einlass ab 9.45 Uhr) im Restaurant Drei Lilien, Am Dorfteich 13, 01612 Glaubitz bestimmt.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Dieser Termin dient dazu, die rechtzeitig gegen die von der Ervin Germany GmbH gestellten Anträge auf wasserrechtliche Erlaubnisse erhobenen Einwendungen zu erörtern, soweit dies für die Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann. Dazu wird denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, Gelegenheit gegeben, ihre Einwendungen gegenüber der Genehmigungsbehörde und dem Antragsteller zu erläutern. Kann die Erörterung an diesem Tag nicht abgeschlossen werden, wird der Erörterungstermin an den folgenden Werktagen (ausgenommen ist der Sonnabend) fortgesetzt.

Zu diesem Termin sind die Personen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, eingeladen. Der Erörterungstermin ist öffentlich. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Vertretern der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Zum Erörterungstermin erfolgt keine gesonderte Einladung. Der Erörterungstermin wird beendet, wenn dessen Zweck erreicht ist.

Im Falle einer Absage oder Verlegung des Erörterungstermins aufgrund einer behördlichen Entscheidung oder auch im Hinblick auf eine mögliche Online-Konsultation nach § 5 Absatz 2 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung.

Diese Bekanntmachung ist vom 19. August 2021 bis einschließlich 15. November 2021 auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen: <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> einsehbar.

Dresden, den 4. August 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter